

Der „Wasserkrieg“ von Cochabamba

**Zur Auseinandersetzung um die Privatisierung
einer Wasserversorgung in Bolivien**

Hans Huber Abendroth

161



ÖSTERREICH

Wien, August 2004
ISBN 3-7062-0081-3

Informationen zur Umweltpolitik
Nr 161

Der "Wasserkrieg" von Cochabamba

Zur Auseinandersetzung um die Privatisierung einer Wasserversorgung in Bolivien

Hans Huber Abendroth



Herausgeber: Wolfgang Lauber, Werner Raza
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien

Zu beziehen bei: Kammer für Arbeiter und Angestellte
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien
Tel.: ++43 (0) 1 -501 65/ 2698
Fax: ++43 (0) 1 -501 65/ 2105
e-mail: friederike.bodinger@akwien.at
<http://www.akwien.at/UmweltVerkehr/>

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

© 2004, by Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, 1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich

Medieninhaber, Herausgeber, Vervielfältiger: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1041 Wien. Die in den "Informationen zur Umweltpolitik" veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte wieder.

Vorwort

Wasser stellt, noch vor zentralen zivilisatorischen Errungenschaften wie öffentlicher Verkehr, Gesundheit, und Bildung, schlechthin die essentielle Lebensgrundlage für alle Menschen dar. Wasser flächendeckend, in hochwertiger Qualität und zu günstigen Kosten allen Menschen bereitzustellen, war und ist daher zentrale Aufgabe der Politik.

Weltweit seit den frühen 1980er Jahren, in Europa seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre erleben wir aber eine schrittweise Abkehr von der öffentlichen Bereitstellung dieser Güter und Dienstleistungen. „Mehr Privat – weniger Staat“ scheint zur unhinterfragten Devise der Politik geworden zu sein. Im blinden Vertrauen auf die Selbstregulierung des Marktes werden öffentliche Dienste schrittweise liberalisiert und privatisiert. So geschehen bei der Telekommunikation, von Strom und Gas, der Post, dem Schienenverkehr. Mittlerweile gibt es Pläne der EU, auch den öffentlichen Nahverkehr, und last, but not least, eben auch die Wasserversorgung zu liberalisieren, d.h. für private Anbieter zu öffnen. Ähnliche Entwicklungen gibt es auf internationaler Ebene. Die Auseinandersetzungen um die Verhandlungen zur Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels (GATS) markieren hier den jüngsten Höhepunkt.

Entgegen der gebetsmühlenartigen Versicherungen der Liberalisierungsbefürworter, dass günstige Preise und höhere Qualität der Dienstleistungen die Folgen von Liberalisierungen und Privatisierungen wären, zeigt eine von der AK Wien gemeinsam mit dem österreichischen Städtebund beauftragte internationale Vergleichsstudie, dass diese Versprechungen einer eingehenden Überprüfung in der Regel nicht standhalten.¹ Für die untersuchten Länder (Ö, UK, Wales, F, BRD, NL) gilt: weder hinsichtlich der Preise, der Kosteneffizienz oder der Qualität der Versorgung schneiden private Betreibersysteme besser ab als öffentliche Modelle.

Trotz nunmehr vorhandener seriöser empirischer Studien verläuft die Debatte zur Frage der Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung aber weiterhin vornehmlich in einem hoch politisierten, von ideologisch Vorurteilen geprägten Stil. Das gilt auch und insbesondere für die öffentliche Auseinandersetzung um die Privatisierung der Wasserversorgung im bolivianischen Cochabamba. Dieses in den Jahren 1999-2000 durchgeführte Privatisierungsexperiment im scheinbar so fernen Südamerika wird von den einen als exemplarisches Scheitern jedweder Privatisierungspolitik angeführt.² Von der

¹ Vgl. die Studie: Schönböck et al, Internationaler Vergleich der Siedlungswasserwirtschaft, Informationen zur Umweltpolitik der Bundesarbeitskammer (Nr. 153 Band 1 bis Band 5) Wien 2003

² Vgl. zB Reimon, M/Felber, Chr.: Schwarzbuch Privatisierung. Was opfern wir dem freien Markt?, Wien, 2003, Kap. 4

Seite der Befürworter privatisierter Wasserversorgung wird hingegen nach Kräften versucht, den „Mythos Cochabamba“ zu dekonstruieren.³

In dem hier zum ersten Mal in deutscher Sprache vorliegenden Dossier versucht der bolivianische Wirtschaftswissenschaftler Hans Huber Abendroth einen differenzierteren Blick auf den Fall Cochabamba zu werfen. Detailreich und nüchtern beleuchtet er die Entstehungsgeschichte, die vertragliche Ausgestaltung der Privatisierung, den Gang der Ereignisse und die damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Interessen sowohl auf Seiten der Befürworter als auch Gegner der Wasserprivatisierung. Auch wenn klar wird, dass die Privatisierung scheiterte, liegt das eigentliche Fazit seiner Analyse darin, dass es keine einfachen Lösungen für das Wasserversorgungsproblem in Cochabamba gibt. Cochabamba steht vielmehr für ein zweifaches Scheitern: das Versagen eines schlecht ausgestatteten und geführten, von internationalen Geberorganisationen abhängigen Staates, wie auch das Versagen eines von Multinationalen Konzernen dominierten und einem rabiaten Profitdenken unterworfenen Marktes. Der von Huber Abendroth angedeutete, aber noch recht steinige Ausweg aus diesem Dilemma liegt wohl nur in einer von allen beteiligten Stakeholdern gemeinsam getragenen und langfristig angelegten Anstrengung zum Aufbau einer funktionierenden und universell verfügbaren, öffentlichen Wasserversorgung.

Wolfgang Lauber, Werner Raza
Bundesarbeitskammer

³ Vgl. Michael Prüller: Die nasse Hand, Die Presse (Spektrum), 23. August 2003

Inhaltsverzeichnis

1. Die einstige Lage: Stets prekär	1
2. Der Weg zur Privatisierung von SEMAPA.....	7
3. Statt Wasser zu bewirtschaften, bloß abgewirtschaftet: Das Konsortium Aguas del Tunari	11
4. Die Bedingungen des Konzessionsvertrages	13
5. Schlüsselakteure, Politik, der Weg in den “Krieg” und die “Schlachten” von Januar bis April 2000 – Kurzdarstellung der Ereignisse	17
6. Die zukünftigen Herausforderungen für SEMAPA und Bechtels Klage auf Entschädigung.....	25
Quellenangaben	27
Weiterführende Literatur	29

1. Die einstige Lage: Stets prekär⁴

Mit einem Zugang zu Trink- und Abwasserversorgung von 72% bzw. 28% der Bevölkerung rangiert Bolivien auf diesem Gebiet unter den am schlechtesten versorgten Ländern in Lateinamerika, wobei der Mangel in den ländlichen Gebieten besonders ausgeprägt ist (Angaben für 1998)⁵. Während nahezu das gesamte obere Fünftel der Bevölkerung (gemessen am Einkommen) über einen Trinkwasserzugang verfügt, haben diesen nur 32% der ärmsten Einkommensbezieher; auf dem Lande erreicht die Versorgung nur 27% der Einwohner⁶.

Es ist jetzt über *sechzig* Jahre her, dass die Stadt Cochabamba und ihr umliegendes Tal (viele ländliche Dorfgemeinden befinden sich hier) mit dem Problem einer unbefriedigenden Wasserversorgung für ihre Einwohner kämpfen. Das erste Netzwerk, 1928 errichtet, bezog sein Wasser aus Quellen im nordwestlichen Teil der Stadt. Um 1940 erwarb der Staat kleine Seen in den nahegelegenen Gebirgszügen nördlich der Stadt (Tunari) und investierte ein wenig in neue Infrastruktur, die aber die Bedürfnisse der Verbraucher nie wirklich zufrieden stellte.

Von 1967 bis 1999 wurden Wasser- und Abwasserversorgung vom Servicio Municipal de Agua Potable y Alcantarillado (SEMAPA) bereitgestellt, bis 1971 ein dezentralisiertes staatliches Unternehmen: staatlich insofern als Haushalts-, Investitions- und Operationspläne von nationalen Behörden genehmigt wurden; dezentralisiert insoweit die städtische Regierung die führende Rolle in Vorstand und Leitung des Unternehmens spielte. In jenem Jahr erhielt SEMAPA administrative, finanzielle, und Managementautonomie (mit eigenem Vermögen), eine Organisationsstruktur die sich bis 1996 nicht verändern würde, als während der ersten Präsidentschaft von Sánchez de Lozada ein erster, allerdings dann abgebrochener Privatisierungsversuch gemacht wurde.

In den 1970er Jahren spielte die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (englische Abkürzung: IDB) eine wichtige Rolle bei der Modernisierung des Wassersystems und der Wasserversorgung von Cochabamba. Obwohl heute das physische Resultat jener Finanzierung, führten die dürftigen technischen und administrativen Ergebnisse der mit diesen Anstrengungen verbundenen Projekte zur Aufgabe der Arbeiten seitens der (ausländischen) Firmen die sie ausgeführt hatten. An vielen Stellen wurde das neue Netzwerk nicht richtig

⁴ Das vorliegende Dokument stützt sich wesentlich auf eine Untersuchung von Tom Kruse (Kruse 2002), der persönlich seine Zustimmung dazu gab. Er stellte dem Verfasser eine wichtige Anzahl von Dokumenten über das Thema zur Verfügung, wofür ihm besonderer Dank gebührt. Während seines langjährigen Aufenthaltes in Cochabamba wurde Kruse zu einem hautnahen Beobachter des ganzen Privatisierungsprozesses von SEMAPA; er unterhielt ständigen Kontakt zu vielen Schlüsselakteuren auf beiden Seiten des „Krieges“.

⁵ World Bank (1999), xxvi.

⁶ Ebenda, 135.

mit dem alten verbunden, wobei Kontrolle und Gewißheit über den Verbleib einer bedeutenden Wassermenge ein großes Problem darstellte.

Mit der Institutionalisierung von SEMAPA gingen bestimmte Korruptionsformen in mehreren internen Bereichen des Unternehmens einher (auf technischer, gewerkschaftlicher und Leitungsebene), welche erst in den 1990er Jahren politische Auswirkungen in Form einer größeren öffentlichen Betroffenheit zeitigten.

Aufgrund einer stets zunehmenden, großen Nachfrage, beschränkter Ressourcen, geringer Leistungsfähigkeit, sowie einer dürftigen Infrastruktur um eine angemessene Wasser- und Abwasserversorgung zu gewährleisten, sind die tatsächlichen Unternehmensaktivitäten immer hinter ihren Zielen zurückgeblieben.

Die Mängel des städtischen Wasserversorgungssystems von Cochabamba sind nicht unerheblich und vielfältiger Natur: die Wasserversorgung erreicht nicht alle Haushalte und jene die angeschlossen sind, werden nicht ständig versorgt. Fast kein Gebiet der Stadt hat permanent Wasser, viele nur einige Stunden pro Tag, andere nur einige Tage pro Woche. Einer Untersuchung von 1998 zufolge liegt die unbefriedigte Nachfrage bei 40% der mit dem städtischen Netz verbundenen Haushalte. Die Qualität des Wassers ist immer unbefriedigend gewesen und der Zugang dazu recht ungleich verteilt (dies schließt Ungleichheiten sowohl unter denjenigen ein, die mit dem Netzwerk verbunden sind, als auch unter denjenigen die von anderen Formen der Versorgung abhängen). Dennoch, und trotz rapidem Bevölkerungswachstum (siehe Zahlenangaben weiter unten), kann eine zunehmende Anzahl von Haushalten registriert werden, die von SEMAPA mit Wasser versorgt wird. In den letzten zwei Jahrzehnten hat das Unternehmen die „Produktion“ von Wasser mehr als verdoppelt. In letzter Zeit aber hängt SEMAPA in bedeutender und steigender Weise von unterirdischen Quellen ab (dies hat negative ökologische, besonders aber soziale und politische Konsequenzen zur Folge gehabt, wie noch zu zeigen sein wird). Andererseits geht über die Hälfte des ganzen Wassers aufgrund undichter Leitungen auf dem Weg zu den Haushalten verloren.

Ein großer Teil des vom Unternehmen „produzierten“ Wassers wird statistisch nicht erfaßt, das heißt, es geht verloren oder wird nicht gemessen. 1999 hatten nur 70% der Hausanschlüsse einen Wasserzähler, und nur 63% der gesamten Anschlüsse. Nur grobe Schätzungen werden von SEMAPA über den Verbrauch der Verbleibenden mehr als 20.000 Anschlüsse angestellt. Schlecht kalibrierte Wasseruhren, geheime Anschlüsse und Leitungsfugen in einer abgenutzten Infrastruktur bewirken einen „Verlust“ des von SEMAPA „produzierten“ Wassers in Höhe von ca. 50%.

Die Bevölkerung von Cochabamba (75.000 in 1950; 414.000 in 1992; 517.000 in 2001), bezieht ihr Wasser aus einer Vielfalt von Quellen, und dies auf ganz verschiedene Weise. Die Kombination von schnellem und unorganisiertem Bevölkerungszuwachs und der offensichtlichen Unfähigkeit eine zentrale Lösung zu finden, hat einer Vielfalt von individuellen und kollektiven, kommerziellen und gemeinnützigen Initiativen, die einen Zugang zum täglich benötigten Wasser suchen, den Weg geebnet. Unregelmäßiges Messen, ungenügende

Versorgung und in Eigenregie durchgeführte Maßnahmen um das Grundbedürfnis an Wasser zu befriedigen, haben eine komplexe Situation geschaffen. Ein eindeutiges Ergebnis davon ist, dass die ärmeren Konsumenten mehr fürs Wasser bezahlen. Carmen Ledo hat gezeigt, dass das ganze Wasserversorgungssystem der Stadt hauptsächlich die Armen benachteiligt: sie zahlen mehr, konsumieren weniger und von niedrigerer Qualität, und haben weniger Zugang zu Wasser. Zusammengenommen ist all dies auch der öffentlichen Gesundheit abträglich (Vgl. Ledo 1994).

Diese Situation führte zu der Herausbildung mehrerer selbstentwickelter und -organisierter Wasserbeschaffungs- und Verteilungssysteme. Es ist geschätzt worden, dass ca. 20% des Trinkwassers der Stadt die Verbraucher über diese Systeme erreicht. Hauptsächlich aus den armen Stadtgebieten stammend, gründeten die Besitzer, Betreiber und Nutznießer jener Systeme kleine Organisationen, um ihre Interessen zu verteidigen.

Unter Boliviens drei wichtigsten Städten verfügt Cochabamba über die schlechteste Wasser- und Abwasserversorgung; dies bezieht sich auch auf Qualität, Versorgungsfrequenz und Ungleichheit in bezug auf den Zugang. Einen Überblick über Art und Ausmaß der Wasseranschlüsse in den genannten Städten zeigt Tabelle 1.

**Tabelle 1: Anschlußtyp in den wichtigsten Städten, 2000-2001
(in % der Gesamtanzahl der Anschlüsse)**

	Cochabamba	La Paz	Santa Cruz
Privater Leitungsanschluß	78,8	55,0	98,4
Leitung in umliegender Nachbarschaft oder öffentlicher Trinkbrunnen	2,1	5,3	0,3
Leitung außer Haus oder Privatbrunnen	1,8	37,6	0,4
Mobile Wasserlieferanten	16,4	0,3	0,0
Fluß, See, Springbrunnen	0,1	1,4	0,0

Quelle: Kruse (2002), 16. Die Angaben basieren auf mehreren offiziellen Statistiken.

Die Angaben für Cochabamba sind besonders irreführend: während viele Familien an das städtische Netzwerk angeschlossen sind, hängt offiziell eine von sechs Familien von einem mobilen Wasserlieferanten ab, wobei die Dunkelziffer der von diesen „aguateros“ abhängigen Familien weit höher liegt. Das von diesen gelieferte Wasser ist zudem teurer und von geringerer Qualität. Die Tabelle verschleiert auch die Tatsache, dass das aus Hausleitungen fließende Wasser oft von Privatbrunnen stammt und/oder von Genossenschaften bereitgestellt wird.

Versorgungsgrad

In Zahlen umgesetzt sehen die eben genannten kritischen Aspekte wie folgt aus

Tabelle 2: Haushalte und Wasserversorgung durch SEMAPA in Cochabamba, 1976 und 1992

	1976	%	1992	%
Leitungsanschluß	24.965	57,5	61.811	69,4
Keine Versorgung	18.452	42,5	27.254	30,6
Haushalte (gesamt)	43.417		89.065	

Quelle: Ledo (1994), 32. Angaben basieren auf offiziellen Statistiken.

Qualität

Ein Jahrzehnt nach Annahme der Wasserstandards der Weltgesundheitsorganisation ist das in Bolivien konsumierte Wasser immer noch von einer dürftigen Qualität; die wichtigsten Städte (La Paz, Cochabamba und Santa Cruz) haben diese Standards in 2002 immer noch nicht erreicht. Dies schuldet sich vor allem Problemen der Wasseraufbereitung.

Megaprojekte und Politik

Schließlich müssen in diesem Abschnitt die Politisierung des Wassers und zwei multidimensionale, auf die Bewältigung der Wasserprobleme von Cochabamba zielende Megaprojekte⁷ erwähnt werden. Seit langem – wie bereits angemerkt seit ca. sechs Jahrzehnten – ist die adäquate Wasserversorgung ein wichtiges, wenn nicht *das* politische Hauptthema der Stadt. Beide Faktoren trugen zum „Wasserkrieg“ ("Guerra del agua" oder "Guerra por el agua") im Jahr 2000 bei, und im Zentrum beider stand die Frage nach den Wasserquellen. Während eine endgültige Entscheidung darüber, welches Megaprojekt den Vorzug bekommen sollte aufgrund abweichender, tiefsitzender politischer und wirtschaftlicher Interessen nie zustande kam, konnten die auf mehr Wasser angewiesenen Verbraucher nicht ewig auf einen Beschluß warten.

Zwischen 1967 und 1999 bohrte SEMAPA 72 tiefe Brunnen, die Anlass zu ernststen Konflikten zwischen der städtischen Bevölkerung und den ländlichen Gemeinden gaben, wo die Brunnen gemacht wurden. Das Problem dieses Verfahrens liegt in der Filtrationsgefahr zwischen unterirdischen wasserführenden Schichten (Durchlöcherungen, die Gleichgewichtsstörungen in den ökologischen und landwirtschaftlichen Systemen verursachen kön-

⁷ Projekt A: Das nahegelegene Einzugsgebiet des Misisuni-Flusses in den östlichen Anden; Projekt B: der Corani-Damm, ca. 30 Kilometer von der Stadt entfernt, der die Region mit Energie versorgt. Beide stellen potentielle wasserspendende Quellen für Cochabamba dar. Das Misisuni-Projekt stammt aus den 1940er Jahren und wird multidimensional genannt, weil es Wasser für den menschlichen Verbrauch, Landbewässerung und Elektrizität umfasst.

nen). Nach der Bohrung einiger Brunnen in der ersten Präsidentschaft General Banzers (Militärdiktatur zwischen 1971 und 1978) wurden in der Tat Filtrationsprobleme bestätigt; die Bohraktivitäten wurden jedoch vom dem in jenem Kontext ins Leben gerufene Comité de Defensa de los Recursos Hídricos (Komitee zur Verteidigung der Wasserressourcen) erfolgreich gestoppt. Ähnliche Probleme ergaben sich in den 1990er Jahren im Rahmen ständiger Dürren im Tal. Diesmal waren die Gegner jener Aktivitäten weniger erfolgreich, sie konnten sie nicht beenden: Zentralregierung, lokale Behörden und andere Interessenvertreter schafften es mit einigen Brunnenbohrungen zu beginnen, indem sie auf bewaffnete Gewalt gegen die Bauern rekurrierten.

Im Gegensatz zum „Wasserkrieg“ konfrontierte der "Brunnenkrieg" ("Guerra de los pozos") Stadt und Land um die Kontrolle und Bewirtschaftungsform des Wassers. Die Federación Departamental Cochabambina de Organizaciones de Regantes (FEDECOR), ein Schlüsselakteur im „Wasserkrieg“ des Jahres 2000, entstand aus diesen früheren Konflikten und bildete das Hauptventil für den Protest der ländlichen Ortsgemeinden im Umkreis der Stadt. FEDECOR bildete das Rückgrat der späteren Coordinadora del Agua (Kurzform), die Hauptakteurin im „Wasserkrieg“ von 2000 auf Seiten des Widerstands werden sollte.

2. Der Weg zur Privatisierung von SEMAPA

Um 1994, bereits im Kontext der zweiten Generation struktureller Reformen in Bolivien, unter ihnen die „Kapitalisierung“, d.h. Teilprivatisierung von Staatsunternehmen, machte die Weltbank die Gewährung neuer Kredite von der Privatisierung von SEMAPA abhängig (das Unternehmen schuldet der Bank US\$ 14 Millionen). Mit dem allmählichen Bedeutungsverlust der Elektrizitätskomponente des Misticuni-Projektes mußte seine Durchführbarkeit notwendigerweise von seiner Eignung als Lieferant von Trinkwasser und für die landwirtschaftliche Bewässerung abhängen. Anders ausgedrückt, SEMAPA wurde langsam zum Angelpunkt des ganzen Geschäfts.

Mit der Ausbreitung des von den internationalen Finanzinstitutionen vertretenen neuen Kredos vergrößerte sich das relevante politische und wirtschaftliche Umfeld um multilaterale Organisationen, die, im Gegensatz zu früheren Zeiten, nun eher private Unternehmungen begünstigten. In der Tat sollte später ein internationaler Konzern die Betriebskonzession für SEMAPA erhalten.

Die Genehmigung für die Privatisierung kam 1998 in Banzers zweiter Regierungsamtszeit (1997-2001); dieses Mal kam der General im Rahmen allgemeiner Präsidentschaftswahlen an die Macht, und zwar mit der von ihm in den späten siebziger Jahren gegründeten Partei Acción Democrática Nacionalista (ADN). Manfred Reyes Villa (Bürgermeister von Cochabamba, Präsident von SEMAPA; seine Partei, Nueva Fuerza Republicana (NFR), wurde Mitglied der Regierungskoalition) und Banzer verkündeten ihre feste Absicht, das Misticuni-Projekt zu verwirklichen insbesondere um endlich das Wasserproblem der Stadt zu lösen. Auf besondere Empfehlung der französischen Banque Paribas wurde das Schicksal des Projekts jetzt an die Privatisierung von SEMAPA geknüpft. Diese Bank wurde angeheuert um die *terms of reference* für die zweite internationale Ausschreibung von Misticuni⁸ und SEMAPA auszuarbeiten. Dabei wurde die Rolle der Privatwirtschaft betont, ein Geschäft in der Form einer Konzession angepeilt (auf vierzig Jahre); die Finanzierung sollte wie fast immer in Bolivien, aus dem Ausland kommen; beim Konzessionär sollte es sich um ein großes, international in den Bereichen Trinkwasser und Landbewässerung operierendes Unternehmen handeln; zwei Preiserhöhungen von je 20% wurden festgelegt: eine für den Anfang, und eine weitere zum Zeitpunkt des Eintritts des Projektes in die kommerzielle Phase.

⁸ Seit Mitte der neunziger Jahre dreht sich die Wasserfrage in Cochabamba um zwei Alternativen: a) Misticuni (favorisiert von der Partei des Bürgermeisters Manfred Reyes Villa und den lokalen Eliten), und b) Corani (bevorzugt von der Partei des damaligen Präsidenten Sánchez de Lozada, dem Movimiento Nacionalista Revolucionario, bzw. MNR, und der Weltbank). Die erste und misslungene Ausschreibung von SEMAPA fand in den letzten Monaten von Sánchez de Lozadas erster Präsidentschaft statt (April 1997). In der Ausschreibung wurde der Corani-Damm als Hauptbezugsquelle bestimmt.

Da die Ausschreibung auf mangelndes Interesse stieß (es gingen keine Angebote ein), riet die Banque Paribas zu Änderungen im Sinne einer Bevorzugung der Trinkwasserkomponente zulasten der anderen Bestandteile. Aber auch die dritte Ausschreibung Anfang 1999 erregte nicht viel Aufmerksamkeit: zehn Interessenten erwarben die *terms of reference* und nur ein Unternehmen machte ein Angebot: Aguas del Tunari. Also mußte das Angebot ausgeschlagen werden. Das Angebot mußte ausgeschlagen werden, weil die bolivianische Gesetzgebung festlegt, dass in solchen Fällen mindestens drei Angebote eingehen müssen. Besorgt, aus dieser ausweglosen Situation herauszukommen, und sich auf das Dekret stützend, das das Angebot zurückwies, stellte die Regierung Banzer eine Verhandlungskommission (Comisión de Negociación) auf die Beine um die Ausschreibung innerhalb von fünfundvierzig Tagen zu prüfen und zu verhandeln. Die Kommission setzte sich aus folgenden Parteien zusammen: einem Regierungsvertreter; dem Bürgermeister der Stadt Cochabamba; dem Präfekten des gleichnamigen Departements; den jeweiligen Oberaufsichtsbeamten für Wasser und für Elektrizität (Superintendente de Aguas; Superintendente de Electricidad), und den jeweiligen Präsidenten von Misicuni (der Misicuni-Gesellschaft, bzw. Empresa Misicuni) und SEMAPA. Anders ausgedrückt – und dabei bolivianische Ausschreibungsbestimmungen – verletzend, autorisierte die Regierung direkte Verhandlungen mit Aguas del Tunari seitens der Wasseroberaufsichtsbehörde und dem Vorstand von SEMAPA.

Unserer Hauptquelle zufolge (vgl. Fußnote 1) befand sich die bolivianische Regierung in einer äußerst schwachen Verhandlungsposition. Sie versuchte wenigstens einen Teil von Misicuni zu retten und einen Konzessionsvertrag unter Dach und Fach zu bekommen. Wie jedoch eine Angestellte einer der verhandelnden Oberaufsichtsbehörden (superintendencias) später inoffiziell bestätigte, ging der Verhandlungsprozess (April bis Juni 1999) kaum auf die *terms of reference* ein, sondern folgte einer von Aguas del Tunari entworfenen und der Kommission auferlegten Verhandlungsagenda.

Die wirtschaftliche Durchführbarkeit der ganzen Transaktion beruhte nun vorwiegend auf dem Wassergeschäft. Öffentliche Geldmittel für Investitionen in "Produktion" und Verteilung waren nicht zur Hand, weil erwartet wurde, dass die Kosten vom Verbraucher getragen werden sollten. Obgleich sie wegen seiner wirtschaftlichen Undurchführbarkeit das Misicuni-Projekt ablehnte, trat die Weltbank entschieden gegen jede Art der Subventionierung der Wassertarife auf und bestand auf dem Prinzip der Vollkostendeckung⁹.

Der zweitwichtigste Antriebsfaktor des Konfliktes war die Verabschiedung von Gesetz 2029, oder Ley de Agua Potable y Alcantarillado Sanitario vom 9. Dezember 1999, das insbesondere auf den Widerstand von FEDECOR stieß. Dessen Hauptanliegen war zum einen die Verteidigung der vielfältigen, traditionellen Wasserbewirtschaftungssysteme der Gegend, und zweitens der Widerstand gegen ein Wasserbewirtschaftungsmodell, in dem Wasser nur noch als wirtschaftliches Gut fungieren sollte.

⁹ World Bank (1999), executive summary und S. 152.

Die internationalen Finanzorganisationen spielten eine wichtige Rolle beim Entwurf des Gesetzes, besonders die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank. Dieses privilegierte die Schaffung monopolistischer Konzessionsgebiete für eine Bewirtschaftung seitens großer Betreiber – diese erhielten Konzessionen für die Dauer von vierzig Jahren – und benachteiligte kleine Betreiber mit einer Konzessionserteilung von nur fünf Jahren. Obwohl die Tarife, wie es ausdrücklich darlegte, gesellschaftliche Aspekte berücksichtigen sollten (z.B. Solidarität und Umverteilung), wurde das Gesetz eindeutig nach Marktprinzipien entworfen (z.B. Vollkostendeckung). Eine weiterer, besonders aus der Perspektive der Bauernorganisationen problematischer Aspekt des Gesetzes war die darin festgeschriebene Indexierung des Tarifes an den US-Dollar und das Fehlen jedweder sozialen Kontrolle der Struktur und Berechnung desselben. Zudem hatten sie die Idee einer Wasseroberaufsichtsbehörde ausdrücklich abgelehnt. Von der Weltbank wegen ihrer politischen Unabhängigkeit, finanziellen und administrativen Autonomie, hohen technischen Leistungsfähigkeit¹⁰, usw. unterstützt, wurde eine solche Behörde mit dem Gesetz – wenn auch nur auf vorübergehende Weise – ins Leben gerufen. Sie war als einzige Institution berechtigt, Konzessionen und Lizenzen auf dem Gebiet der Wasserversorgung zu gewähren.

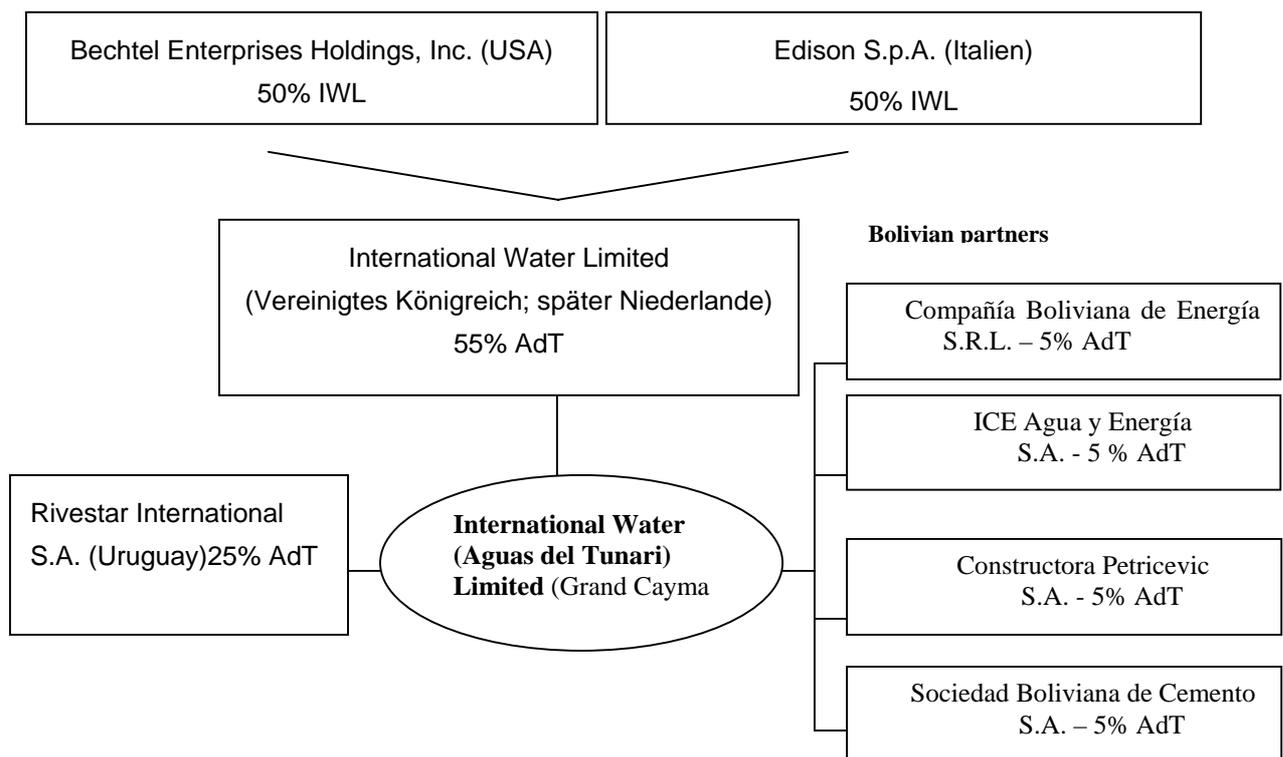
Wenn man davon ausgeht, dass die Weltbank normative Instrumente und regulatorische Rahmenbedingungen mitentwickelt und finanziert, sowie Privatisierungsbestrebungen in Bolivien gefördert hat, darunter viele im Zusammenhang mit der Wasserwirtschaft, so erscheint es durchaus plausibel anzunehmen, dass sie gleichsam natürlich eine an deren Erfolg interessierte Partei war. IDB und Weltbank haben tatsächlich in der ganzen Wasser-affäre von Cochabamba eine Rolle gespielt, aber nicht nur bei den Wasserproblemen dieser einen bolivianischen Stadt. Wie erwähnt, machte letztere die weitere Kreditvergabe an SEMAPA von dessen Privatisierung abhängig (dies bereits seit 1996); sie betreute mindestens sieben projektgebundene Kredite, welche die Förderung, den Schutz und die Regulierung von Privatisierungsinitiativen zum Ziel hatten und von denen zwei eigens die Notwendigkeit erwähnten, SEMAPA in private Hände zu überführen; sie machte, zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds und der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, den Erlaß eines beträchtlichen Anteils der bolivianischen Auslandsschulden von der Privatisierung SEMAPAs abhängig; sie lehnte das Misicuni-Projekt wegen seiner Undurchführbarkeit und Kostspieligkeit ab, bestand aber gleichzeitig darauf, dass die Last desselben dem Verbraucher aufgebürdet wurde; sie unterstützte, wiederum zusammen mit der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, die Formulierung und Verabschiedung von Gesetz 2029 und wurde sogar Aktionär bei Aguas del Illimani, der privatisierten Wasserversorgungsgesellschaft aus La Paz (ehedem SAMAPA). Anders formuliert: auch wenn die Weltbank das Misicuni-Projekt als solches ablehnte und sich später von den Ergebnissen der Privatisierung von SEMAPA distanzierte, sowohl von der Art und Weise und besonders von der Tariferhöhung, so war die Bank zweifelsohne ein entschiedener Befürworter der Privatisierung der Wasserwirtschaft in Bolivien.

¹⁰ Nahen Beobachtern zufolge stellten sich all diese Tugenden als unzutreffend heraus, wie die spätere Entwicklung zeigte.

3. Statt Wasser zu bewirtschaften, bloß abgewirtschaftet: Das Konsortium Aguas del Tunari

Zwischen der Aufnahme der Verhandlungen und dem Beginn seiner Geschäftstätigkeit in Bolivien, fanden einige Änderungen in der finanziellen Struktur des Wasserkonsortiums statt; die Anfangskonstellation zeigt Abbildung 1¹¹.

Abbildung 1: Beteiligungsstruktur von International Water (Aguas del Tunari) Limited (Erstaktionäre)¹²



Quelle: Außer für den oberen Teil der Abbildung: Konzessionsvertrag

¹¹ Zu weiteren Einzelheiten siehe Kruse (2002), 31-32. Später beteiligte sich Abengoa S.A. (Spanien) mit einem Anteil von 25% an AdT. Nach Abbildung 1 zu urteilen, kann es sich dabei wohl nur um den Anteil von Rivestar S.A. handeln.

¹² AdT = International Water (Aguas del Tunari) Limited.

Bei International Water (IWL) handelt es sich um ein Unternehmen¹³ das weltweit versucht, Wasser- und Abwasserversorgungsmärkte zu erobern. Offenbar wurde es im Dezember 1999 von Bechtel Enterprises Holdings, Inc. (eine der größten, global operierenden Ingenieurs-, Bau-, und Projektmanagementfirmen mit Sitz in Kalifornien) und Edison S.p.A. (Italiens größtes Energieversorgungs-, und ein an die Group Montedison angeschlossenes internationales Unternehmen) gegründet. Eine ihrer vielen Tochtergesellschaften ist International Water (Aguas del Tunari) Limited. Bei Aufnahme ihrer Tätigkeit in Bolivien (1. Dezember 1999) war Aguas del Tunari gesetzlich eine niederländische „Briefkastenfirma“, kontrolliert von US- und italienischem Kapital (wobei das US-amerikanische die Hauptrolle spielte), geführt von englischen Managern, und gemeinsam mit spanischen, italienischen und bolivianischen Firmen operierend.

Im Hinblick auf das Wassermanagement der Gesellschaft, und in Anbetracht dessen, dass Aguas del Tunari sich bereits nach nur ca. vier Monaten Tätigkeit von der Stadt verabschieden mußte, so muß wohl festgestellt werden, dass nicht viel Zeit für eine wirkliche Entfaltung eines solchen Managements zur Verfügung gestanden hat. Es scheint, dass nur zwei Maßnahmen in diesem Sinne aufgefaßt werden können: die Tarifierhöhung und eine bescheidene Investitionstätigkeit (nach Angaben des bolivianischen Ministers für Außenhandel und Investitionen, nicht mehr als eine Million US-Dollar. Wenn man ausschließlich von der recht feindlichen, in der Stadt während der kurzen Aktivitätsperiode des Unternehmens vorherrschenden Atmosphäre ausgeht, so stellt dies wahrscheinlich keine Überraschung dar. In Anbetracht der gesamten verfügbaren Information sieht es eher so aus als ob der Konzessionär seine Investitionen fast ausschließlich über Preiserhöhungen zu finanzieren plante.

¹³ Aufgrund der freundlicheren Steuergesetzgebung in den Niederlanden und der von den vielen bilateralen Investitionsabkommen dieses Landes gewährten Sicherheit, wurde IWL dort als „Briefkastenfirma“ registriert; das Investitionsabkommen der Niederlande mit Bolivien stammt aus dem Jahr 1992.

4. Die Bedingungen des Konzessionsvertrages

Wegen seiner Vertraulichkeitsbestimmungen (Klauseln 24.3.1 bis 24.3.3), waren es erst die öffentlichen Proteste, die die Bedingungen des Vertrages der Öffentlichkeit allmählich bekannt machten. Er beinhaltete vier Geschäftsbereiche: i) Trink- und Abwasserversorgung; ii) Stromerzeugung (samt des dazu notwendigen Wassers); iii) das Vermögen von SEMAPA, und iv) eine Anzahl Vermögensanteile von Misticuni¹⁴.

Kruse paraphrasierend, schuf der Konzessionsvertrag praktisch einen privaten Markt für unbehandeltes Wasser, der *Hunderte* von örtlichen Wassersystemen ignorierte und aus einem öffentlichen und politischen Anliegen ersten Ranges beinahe ein Geheimnis zu machen drohte.

Wie von der Banque Paribas empfohlen, wurde das ganze Projekt auf einen Bruchteil seiner ursprünglichen Größe reduziert – und sogar noch mehr während der Verhandlungen zwischen Aguas del Tunari und der bereits genannten, von der Regierung aufgestellten Kommission. Der Damm und damit auch das für Trinkwasser und Bewässerung verfügbare Wasservolumen wurde verkleinert; der Bewässerungskanal wurde gestrichen; die elektrische Stromerzeugung um zwei Drittel verringert. Da eine Analyse der vier Teilgeschäfte den Rahmen dieses Dossiers sprengen würde, soll das Augenmerk strikt auf die mit der Wasserbewirtschaftung zusammenhängenden Probleme gerichtet werden, genauer noch auf den Kern des ganzen Unterfangens, die Trinkwasserversorgung. Öffentlichen Anstoß erregten besonders folgende Bedingungen:

Der Vertrag (unterzeichnet von Aguas del Tunari S.A. und der Superintendencia de Aguas) legte eine Exklusivkonzession für die öffentliche Trink- und Abwasserversorgung fest (Kapitel II, Klausel 14 und Unterabteilungen), welche die Lagerung, sowie Transport, Verteilung und Absatz im aufgeführten Konzessionsgebiet einschloß. Letzteres umfaßte die ganze Stadtgemeinde Cochabamba außer den über 2,750 Metern liegenden Gebieten (Klausel 15).

Eine Hauptpflicht des Konzessionärs war die Verwirklichung der Wasserkomponente des Misticuni-Projektes, aber die endgültigen Dimensionen, technischen Spezifikationen und Kosten(!) jener Arbeiten sollten erst nach ausführlicher Analyse definiert werden (Klausel 12.1.1). Außerdem hing die Konstruktion wichtiger Infrastrukturelemente dieser Komponente (Hauptdamm und mit ihm zusammenhängende Arbeiten) von Seiten des Konzessionärs von der Zusage einer von ihm zu beschaffenden, bedingungslosen und akzeptablen finan-

¹⁴ Das Unternehmen mit dem gleichen Namen wie das Projektes wurde 1987 von der bolivianischen Regierung gegründet und war für dessen Verwirklichung verantwortlich.

ziellen Verpflichtung von nicht weniger als 50% der Gesamtinvestition ab, welche nicht durch das Eigenkapital der Aktionäre garantiert werden durfte (Klausel 12.2.1)!

Ein weiterer, entscheidender Aspekt der auf Widerstand stieß, als er in die Öffentlichkeit gelangte, war der mit Aguas del Tunari vereinbarte Finanzierungsmechanismus für die *weitere Ausdehnung*¹⁵ der Wasserversorgung. Ein Versorgungsgrad von 100% sollte in nicht mehr als 36 Jahren erreicht werden (Klausel 18.3.2). Der Konzessionär konnte die Expansionsziele ab dem zweiten Jahrfünft ablehnen, falls die Tarifrevision eine Tarifierhöhung von mehr als 25% ergeben sollte, welche ausschließlich den neuen Wachstumszielen geschuldet war (neue Expansionsziele waren nach jeder Fünfjahresperiode festzulegen; Klausel 18.3.2). Dies erklärt sich durch die Tatsache, dass das Vorrecht der Festlegung der Expansionsziele in den Händen der Wasseroberaufsichtsbehörde lag, die gezwungen war jene Ziele zu revidieren, falls eine Tarifierhöhung von mehr als 25% ein Ergebnis der Tarifrevision sein sollte, wie im vorausgehenden Satz erwähnt. Die Gründe für mögliche Kostenerhöhungen wurden nicht spezifiziert.

Nicht zuletzt war da die Frage der Preisgestaltung. Wie bis hierher festgestellt werden kann, entzündete sich der Wasserkonflikt in Cochabamba nicht bloß an der Frage der Tarifierhöhungen, wie viele Betrachter immer noch meinen, sie stellte jedoch ohne Zweifel seine Hauptmotivation dar.

Kruse zufolge kann das Prinzip der Vollkostendeckung, auf dem die Weltbank bestand, ohne weiteres durch den ganzen Vertrag verfolgt werden, z.B. in den Klauseln 4.7 (von anderen Aktivitätsbereichen der Gesellschaft abgeleitete Quersubventionen nicht erlaubt; d.h. Elektrizität, Bewässerung, usw.) und 4.5.1 (Aufzählung der historischen Werte aller Parameter – d.h. Kosten – des finanziellen Modells). Überdies verhandelte Aguas del Tunari eine Gewinnspanne von 15 bis 17% (Minimum bzw. Maximum) aus, recht beträchtlich im Vergleich zu der in den Vereinigten Staaten vorherrschenden Spanne von 2 bis 5% im öffentlichen Dienstleistungssektor. Außerdem wurden alle Tarife preislich an den US-Dollar indexiert und an die Abwertung dieser Währung angepaßt (Richtlinie: US Consumer Price Index). Exorbitant waren die für einen neuen Anschluß fixierten Kosten (bis zu US\$ 450 in einem Land mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von ca. US\$ 1.000). Gebühren für Wasserabschaltung und Wiederanschluß wurden auf US\$ 14,64 festgesetzt (exklusive etwaiger angelaufener Zinsen und Wechselkursschwankungen); diese müssen für bolivianische Verhältnisse als recht hoch eingestuft werden (Klausel 1.4). In Tabelle 3 wird eine Zusammenfassung des Wassertarifsystems wiedergegeben (Klausel 2.1.2, Tabelle 1).

Der Vertrag legt fest, dass die Regulierungskosten (*tasa de regulación*; siehe Fußnote c in Tabelle 3), nicht vom Verbraucher getragen werden sollte, erläutert aber nicht wie dies verhindert werden könnte.

¹⁵ Nicht mit der im vorigen Absatz erwähnten Infrastruktur zu verwechseln.

Tabelle 3: Zusammenfassung des Tarifsystems in Abhängigkeit vom monatlichen Trinkwasserverbrauch (in m³ und US\$^a)

Klasse	Grundgebühr ^b		13-25 m ³	26-50m ³	51-100m ³	101-150m ³	> 150m ³
Wohngegend 1	1.80 ^c		0.153	0.180	0.271	0.361	0.379
Wohngegend 2	3.02		0.288	0.307	0.326	0.361	0.379
Wohngegend 3	4.85		0.394	0.422	0.432	0.538	0.541
Wohngegend 4	8.64		0.518	0.557	0.624	0.768	0.768
Klasse	Grundgebühr ^b	13-50 m ³	51-100m ³	101-150m ³	151-250m ³	251-400m ³	> 400m ³
Gewerbliche	11.73	0.812	0.902	0.993	1.083	1.274	1.403
Besondere gewerbliche	13.54	0.812	0.902	0.993	1.083	1.274	1.403
Industrielle	9.75	0.713	0.812	0.857	0.895	0.983	1.080
Präferentielle	5.05	0.226	0.271	0.316	0.361	0.406	0.406
Öffentliche	8.12	0.361	0.451	0.541	0.632	0.722	0.794

a) US\$ bei Datum der Unterzeichnung, d.h., 3. September 1999. Angaben wurden nicht von Bs. in US\$ umgerechnet: der Tarif wurde in US-Währung fixiert.

b) Die ersten zwölf Kubikmeter eingeschlossen.

c) Sämtliche Tarifsätze enthalten 13% MwSt. (berechnet auf die Gesamtsumme) und einen vom Konzessionär zu tragenden Regulierungssatz von 3% (berechnet auf die gesamten Jahreseinnahmen abzüglich indirekter Steuern; diese Abgabe stellt das Einkommen der Wasseroberaufsichtsbehörde dar). Die erste Tarifierfassung sollte ein Jahr nach dem Anfangsdatum („Fecha de inicio“) in Kraft treten (wahrscheinlich war mit „Anfangsdatum“ der erste Tag der Tätigkeitsaufnahme gemeint).

Allgemeine Anmerkung: Die Sätze steigen mit zunehmender Kubikmeteranzahl um den verschwenderischen Verbrauch zu bestrafen und um eine Quersubventionspolitik zu erlauben. Gewerblicher und industrieller Verbrauch ist teurer, weil er als höher vorausgesetzt wird (er erlaubt eine Quersubventionspolitik) und weil er eine höhere Inanspruchnahme von Abwasserentsorgungsdiensten einschließt. Dieser Tarif beinhaltet bereits, je nach Tarifklasse, einen Preisanstieg von zwischen 17 und 150% im Vergleich zum davor gültigen von SEMAPA (mündliche Mitteilung einer Angestellten des in Cochabamba ansässigen Centro Andino para la Gestión y Uso del Agua).

Im Hinblick auf die Frage der Tarifierhöhungen (vor Beginn irgendwelcher Verbesserungsarbeiten am System!) stimmten alle Parteien darin überein, dass die Preise wirklich gestiegen waren, wichen jedoch ganz erheblich in bezug auf das Ausmaß des Anstiegs voneinander ab. Während Unternehmen und Aufsichtsbehörden von einem Durchschnitt von 35% sprachen – dies entspricht dem tatsächlichen, von der erwähnten Comisión de Negociación genehmigten und zu Konzessionsbeginn anzuwendenden Prozentsatz¹⁶) – reflektierten einzelne Klagen ganzer Scharen von Verbrauchern, die ihre Rechnungen zur Coordinadora del Agua (eine im Oktober 1999 im Kontext des Privatisierungsprozesses geborene, Basisorganisation) gebracht hatten, Steigerungen von bis zu 300% (siehe die allgemeine Anmerkung in Tabelle 3).

¹⁶ Eine weitere, 20%ige Erhöhung wurde im voraus für die Zeit genehmigt, wenn Misticuni in die kommerzielle Phase eintreten sollte.

Angesichts solcher Tatsachen waren öffentliche Enttäuschung und Erregung mannigfach; die Anhänger des multidimensionalen Misticuni-Projektes sahen ihre Erwartungen schmerzlich schrumpfen: die *regantes* ("Bewässerer") vermißten ihren Landbewässerungskanal und fürchteten um ihre traditionellen Wasserbewirtschaftungssysteme; die vielen örtlichen Wasserversorgungsvereinigungen, die schon Jahrzehnte parallel zu SEMAPA agiert hatten, bangten um ihre Einkommensquellen; die Verbraucher (quer durch alle gesellschaftlichen Schichten) protestierten gegen die Tariferhöhungen; Stadt- und Zentralregierung stießen auf heftigen Widerstand in der Bevölkerung; Bechtel beschuldigte die örtlichen und nationalen Politiker der „Misticuni-Besessenheit“ und meinte, dass die Tariferhöhung der dafür zu bezahlende Preis gewesen sei.

5. Schlüsselakteure, Politik, der Weg in den “Krieg” und die “Schlachten” von Januar bis April 2000 – Kurzdarstellung der Ereignisse

Der Streit begann Ende 1999, wobei zwei Ereignisse seinen Anfang markierten: die Unterzeichnung des Konzessionsvertrages Anfang September (von dem fast nichts in die Öffentlichkeit gelangte), und die Verabschiedung von Gesetz 2029 am 21. Oktober; seine Verlautbarung fand, wie erwähnt, im Dezember statt.

Angesichts der besonderen Umstände des Falles von Cochabamba, wirkte sich eine Exklusivkonzession dieser Art selbstverständlich auf die Interessen der betroffenen Parteien aus, unter anderem jener der selbst organisierten Wasserversorgungsvereinigungen der Stadt. Wie angegeben, bewältigten diese ca. 20% der Versorgung, ein Grund für die Rolle, die sie in der Widerstandsbewegung gegen den Privatisierungsprozeß spielten. Zwar stimmt es, dass die von diesen alternativen Versorgern gefundenen Lösungen angesichts der nie erreichten Abschlusses von wenigstens einem der geliebten Megaprojekte von Cochabamba für kreativ und produktiv gehalten werden müssen. Sie waren jedoch auf keinen Fall unproblematisch: hier zu nennen sind insbesondere die mangelnde Sorgfalt hinsichtlich der Entsorgung von Abwässern und der Ausschluß von neuen, zugewanderten Familien von ihren Versorgungsnetzen. Weitere, auch aufgrund der beschriebenen Umstände berührte Interessen werden in den folgenden Absätzen beschrieben.

Der Hauptdarsteller im Konflikt, die Coordinadora del Agua, entstand aus zwei Organisationen: der bereits genannten FEDECOR und dem Comité de Defensa del Agua y de la Economía Familiar (hiernach Comité). Zu beiden gesellten sich im Verlauf der Ereignisse zahlreiche andere Organisationen der Zivilgesellschaft. Als Ergebnis des Zusammenschlusses von verschiedenen Bewässerungsorganisationen wurde die FEDECOR 1997 mit dem Ziel geboren, traditionelle Gewohnheits- und Nutzungsrechte im Bereich der Wasserbewirtschaftung, als auch die Bewässerungssysteme der landwirtschaftlichen Gebiete und des agrarischen Hinterlandes der Stadt, zu verteidigen und zu bewahren¹⁷. Da die Zentralregierung seit 1997 eine neue, umfangreiche und im Parlament debattierte Wassergesetzgebung vorantrieb, ohne aber de in einer Reihe von öffentlichen Konsultation geäußerten Argumenten von FEDECOR wirklich Gehör zu schenken, galt das Hauptaugenmerk der FEDECOR fortan dem Kampf um ein alternatives Wassergesetz und, später, der Aufhebung der Konzession an Aguas del Tunari.

¹⁷ Für eine Zusammenfassung der Geschichte von FEDECOR siehe Crespo und Fernández (2001), Kapitel II, Abschnitt VI.

Gegründet im Mai 1999 von Umweltschützern, die über die Zukunft der Wasserquellen der Stadt, ihre Umgebung, und einen nahegelegenen Nationalpark besorgt waren, wuchs das Comité bald um andere Interessensgruppen an, konnte aber auch Wortführer aus verschiedenen Stadtvierteln und ländlichen Gemeinden, sowie Leiter ökologisch ausgerichteter Organisationen integrieren. Anfangs wurde es "nur" von drei Beweggründen geleitet: einem vollständigen und reibungslosen Abschluß des Masicuni-Projektes, der irrationalen und zerstörerischen Art und Weise, in dem sich die Brunnenbohrungen ausbreiteten, und von der mangelnden Transparenz, die die Verhandlung des Konzessionsvertrages kennzeichnete. Nacheinander begann das Comité auch andere Probleme anzugehen, besonders die Gefahr einer Kapitalisierung des Konzessionärs auf Kosten der örtlichen Verbraucher und die Ungewißheit über Art und Ausmaß von dessen zukünftige Investitionsprogramme. Dabei ging es ihr vor allem um die Einbeziehung sozialer Aspekte.

Von gemeinsamen Problemen und Zielen getragen, hatten städtische und ländliche Akteure also im Konflikt zusammengefunden: beide Organisationen, sich ihrer Beschränkungen angesichts ihrer weitgehenden Forderungen durchaus bewußt, brachten die stattliche Anzahl von mehr als vierzig Organisationen unter einem Dach zusammen. Unter ihnen befanden sich die wichtigsten Gewerkschaften, die Vereinigungen und Komitees der *regantes* und Wasserversorgungsvereinigungen, Umweltgruppen und auch wichtige lokale Institutionen wie das Comité Cívico (Bürgerkomitee¹⁸) und andere. Aus ihnen wurde die inzwischen weltweit berühmte Coordinadora de Defensa del Agua y de la Vida geboren (Gründungstag: 12. Oktober 1999; hiernach Coordinadora). In einem Beschluß vom gleichen Tage wurden Gesetz 2029 und die Konzession als Hauptbedrohungen definiert: beide „verstoßen gegen unsere Rechte, weil Privatisierung und Monopolisierung erhöhte und dollarisierte Tarife, ein Risiko für die Trinkwassersysteme, Risiken für unsere Wasserquellen darstellen“.

¹⁸ Diese Komitees bilden seit den 1950er Jahren Teil der bolivianischen politischen Landschaft. Sie setzen sich hauptsächlich aus wichtigen Interessengruppen der örtlichen Eliten zusammen, aber auch Gewerkschaften und andere *pressure groups* gehören zu ihnen, und vertreten korporative Stadtinteressen (z.B. eben Infrastrukturprojekte), für die gekämpft wird, indem die lokale, departementale, und/oder Zentralregierung zu entsprechenden Budgetzuweisungen gedrängt wird.

Abfolge der Ereignisse: Ende 1999

- 21. Oktober: Verabschiedung von Gesetz 2029
- 1. November: Konzessionär zieht in die Bürogebäude von SEMAPA ein
- 1. Dezember: Konzessionsvertrag tritt in Kraft
- 5. Dezember: Kommunalwahlen in Cochabamba (Gentlemen's Agreement zwischen allen Parteien Konzessions- und Tariffrage nicht zu politisieren). Manfred Reyes Villa (NFR und Mitglied der Comisión de Negociación) gewinnt mit großem Vorsprung
- 9. Dezember: Verlautbarung von Gesetz 2029
- 12. Dezember: Wasseroberaufsichtsrat (Superintendente de Aguas) ruft zu einer Bürgerbefragung für den 22. auf (fand nicht statt)
- 19. Dezember: Versammlung der Coordinadora (Ablehnung der Bürgerbefragung; Gewährung einer Endfrist für die Regierung das Gesetz 2029 bis zum 10. Januar 2000 aufzuheben und Konzessionsvertrag aufzukündigen, sonst Anwendung radikaler Maßnahmen)
- 28. Dezember: erste organisierte Proteste der Coordinadora (Wasseroberaufsichtsrat gezwungen öffentliche Anhörung über Tarifierhöhungen zu suspendieren; 10. Januar 2000 zu Tag X erklärt)

Abfolge der Ereignisse: Januar - April 2000

- 4. Januar: Coordinadora kündigt departementale Straßenblockaden und Nichtbezahlung der Wasserrechnungen an
- 10. Januar: Versammlung der Coordinadora bringt Manifest heraus („Rechte nicht erbetteln sondern erkämpfen“)

Erste Schlacht: 11. – 13. Januar 2000

- 11. Januar: vom Comité Cívico de Cochabamba (Bürgerkomitee von Cochabamba) organisierter kommunaler Streik (paro cívico) im Stadtgebiet; Straßenblockade auf dem Lande
- 12. Januar: Comité Cívico beendet Streik (Coordinadora damit allein gelassen); Coordinadora ruft Öffentlichkeit mit einigem Erfolg auf mit Stadtblockade fortzufahren: Comité Cívico stößt wieder zu Coordinadora und ruft zu unbefristetem Streik auf
- 13. Januar: Coordinadora übernimmt Führung der Bewegung; Volkszorn jetzt gegen Expräsidenten des Comité Cívico, Exmanager von SEMAPA, lokale Eliten, Vertragsunterzeichner, usw. gerichtet; Gewaltausbrüche in der Stadt; Anfang der Verhandlungen; Bildung einer Verhandlungskommission (zusammengesetzt aus Comité Cívico, Coordinado-

ra, Nachbarschaftsvertretungen, departementaler Parlamentsvertretung Cochabamba's, Regierungsfunktionären, Privatwirtschaft) um Tarife und Konzessionsvertrag zu analysieren; Bildung einer Kommission um in fünfundvierzig Tagen einen Konsens für ein neues Wassergesetz zu erzielen, u.a.m.; Ergebnis: Ende der Straßenblockaden

- 24. Januar: verzögerter Anfang der Verhandlungen ohne klare Tagesordnung und mit schwer vereinbaren Positionen; in diesem Monat öffentliche Verbrennung von Wasserrechnungen und viele Klagen über einzelne Wasserzufuhrabstellungen; Coordinadora trifft Entscheidung am 4. Februar friedlich „die Stadt einzunehmen“ (gemeint ist nur eine traditionelle Demonstration); Comité Cívico fordert auch zu einer Demonstration auf (am 1. Februar). Bei dieser Gelegenheit nehmen einige Parteimitglieder der NFR – der Partei des Bürgermeisters, die gleichzeitig Mitglied der nationalen Regierungskoalition war – an der Demonstration teil; NFR verläßt die Regierungskoalition um Distanz zu ihren eigenen Handlungen und zur Zentralregierung zu wahren

Zweite Schlacht: 4. – 5. Februar

- 4. Februar: Zentralregierung unterbreitet ein „endgültiges Angebot“ (Tariferhöhung von 20%); massive Demonstrationen in der Stadt stoßen auf riesiges Polizei- Militär-, und Spezialtruppenaufgebot
- 5. Februar: Verhandlungen am Sitz des Erzbischofs von Cochabamba; Ergebnis: „Convenio de Cochabamba“ („Abkommen von Cochabamba“), wobei die Coordinadora ihre Standpunkte durchsetzen kann (Fortführung des Misicuni-Projektes in seiner vollständigen Version); Einfrierender Tarife auf dem Niveau von Oktober 1999; Revision von Gesetz 2029 und des Konzessionsvertrages; Truppenrückzug während der Verhandlungen
- 22. Februar: Coordinadora verläßt Verhandlungen wegen fehlendem Zugang zu relevanter Information (besonders zum Finanzierungsmodell von Aguas del Tunari)
- Ende Februar: Vertrag der Öffentlichkeit nun näher bekannt (jedoch noch nicht ganz); die Berufsvereinigung der Wirtschaftswissenschaftler der Stadt kritisiert mehrere Punkte und Unregelmäßigkeiten im Vertrag und beanstandet sogar die Verfaßtheit und Rechtmäßigkeit des Konzessionärs im Lande
- 3. März: friedliche Demonstration inmitten der Karnevalszeit; Coordinadora gewährt Konzessionär und Zentralregierung eine Galgenfrist (Aufkündigung des Vertrages bis zum 30. des laufenden Monats und Verabschiedung im Parlament der Änderungen bezüglich Gesetz 2029); Coordinadora verläßt kurz danach den Verhandlungstisch
- Ende März: Coordinadora organisiert spontan in nur zehn Tagen eine Bürgerbefragung an der ca. 31% der an den 1999er Kommunalwahlen beteiligten Wähler (Prozentsatz entspricht den abgegebenen Stimmen) teilnehmen (50.000 Leute antworten mit "nein" auf „Tariferhöhungen“, "ja" auf „Vertragsaufkündigung“, "nein" auf „Privatisierung des Wassers“; Wasseroberaufsichtsrat ignoriert das Ergebnis

- 29. März: Coordinadora distanziert sich offiziell vom Comité Cívico und ruft zu Straßenblockaden in und außerhalb der Stadt auf und auch zu unbefristeten Streiks (vom 4. April an)

Endschlacht: 4. – 10. April

- 4. April: fast vollständige Einhaltung der am 29. März getroffenen Maßnahmen; Comité Cívico widerruft sie
- 5. April: Coordinadora befiehlt die Fortsetzung der Streiks und Blockaden und ruft zu einer massiven Demonstration auf dem Hauptplatz der Stadt auf (geschätzte 15.000 Teilnehmer); Leute gehen in den Büroräumen des Comité Cívico gewaltfrei ein und aus; Demonstrationzug marschiert dann zum Zahlungsbüro von Aguas del Tunari (Zerstörung des Firmenzeichens); danach marschieren die Demonstranten mit den Anführern der Coordinadora zum Hauptquartier des Unternehmens; darauf Bildung einer Menschenmauer um die Gebäude seitens der Mehrheit gegen eine gewalttätige Minderheit in den Reihen der Protestierenden; improvisierte Massenversammlung mit Übermalung des Firmenzeichens mit Protestlosungen und Verbrennen einer US-amerikanischen Fahne; anschließend Verwirrung da Demonstranten aus dem Gebäude ein und aus gehen und nicht wissen was nun zu tun ist; Zentralregierung verkündet Mißerfolg des „Wasserkrieges“ (Problem würde innerhalb von drei Tagen durch die Ansteuerung nur niedriger Tarifierhöhungen gelöst werden)
- 6. April: Stadt und gleichnamiges Departement immer noch gelähmt, Bevölkerung jedoch bereits ein wenig ermüdet und entmutigt; nur sporadische und verhaltene Polizeieingriffe; mittags Massenansammlung auf dem Hauptplatz von Cochabamba (anwesend jedoch nur die Hälfte der Teilnehmer des Vortags); Vorschlag an die Anwesenden seitens der Anführer der Coordinadora an den Verhandlungen mit der Regierung teilzunehmen erntet Buhrufe wegen gesteigerten Mißtrauens gegenüber lokalen und nationalen Regierungsvertretern; Präfekturgebäude (Sitz gegenüber dem Hauptplatz) von der Menschenmenge umstellt (Verhandlungen somit bis zum Abend behindert); unterdessen nimmt die Zentralregierung eine härtere Haltung gegenüber der Coordinadora ein; Erzbischof zitiert die Anführer der Coordinadora, den Präsidenten des Comité Cívico, die lokalen Unternehmer, und die kommunalen und zentralen Regierungsvertreter in die Präfektur (draußen 1.000 wachsame Demonstranten); später an jenem Abend plötzliche Verhaftung von zwölf Anführern der Coordinadora während sie auf den Beginn von Verhandlungen warten; Erzbischof, verärgert wegen Mißbrauchs seiner Bemühungen, erklärt sich zum "freiwilligen Gefangenen" (stundenlang verhandelt er über die Befreiung der Verhafteten);
- 7. April: früh morgens Anordnung ihrer Freilassung; Demonstranten gewinnen wieder an Mut, Straßenschlachten um den Hauptplatz immer massiver werden; Beginn einer logistischen Koordination und Barrikadenbau in zahlreichen Stadtteilen; geschätzte ca. 60.000 Menschen kontrollieren aktiv die Stadt; ständige Konfrontationen mit Militär- und Polizeikräften; durch die Bevölkerung verursachter physischer Schaden unwesentlich; am

Nachmittag verkündet der Präfekt die Entscheidung den Konzessionsvertrag aufzukündigen (mit Zustimmung der Zentralregierung); Stadtbevölkerung hoch erfreut, bei den Blockadeposten in den ländlichen Stadtgemeinden (*regantes*) jedoch herrscht Mißtrauen (Revision von Gesetz 2029 noch nicht gesichert; sie befürchten außerdem die Aufgabe der Druckmaßnahmen von Seiten der Stadt); nach der Ankündigung des Präfekten an die versammelte Masse (vom Balkon aus) treffen sich die Anführer der Coordinadora und die Demonstranten in der Kathedrale (auch am Hauptplatz gelegen); draußen setzt die Polizei weiterhin Tränengas ein; in einer vollen Kathedrale breiten sich derart unter den Anführern Gerüchte über ein Täuschungsmanöver aus; die Anführer, die an jenem Abend nach Hause gehen werden entführt und in Boliviens fernen Osten geflogen; jene die nicht heimgehen (dem Rat eines Priesters folgend) tauchen unter

- 8. April: Stadt im Belagerungszustand; Präfekt von einem Militärgeneral ersetzt; Presse – wieder für jegliche Art von Anklagen zugänglich – enthüllt die geschehenen Übergriffe; Aufruf der Schwester eines untergetauchten Anführers der Coordinadora Fahnen in jedem Domizil zu hissen verwandelt sich binnen Minuten in einen riesigen Erfolg; Titelseite des wichtigsten Zeitung der Stadt (traditionell kritisch gegenüber der Coordinadora) bringt Schlagzeile „Regierung lügt und unterdrückt“; den Belagerungszustand ignorierend nimmt die Bevölkerung von Cochabamba die Straßen mit beispielloser Wut ein; da die eingesetzten Ordnungskräfte die Menge von Tausenden von Leuten nicht halten können (die Menschenmenge ist nun ziemlich bunt gemischt und setzt sich auch aus armen Bewohnern der Randviertel, aus Leuten die im informellen Sektor tätig sind, aus Straßenkindern, usw. zusammen), wird der Hauptplatz am Nachmittag eingenommen; Straßen werden vom Militär überwacht; Regierung befiehlt Stromabstellung in den Stadtteilen mit großer Fernsehsenderkonzentration; bäuerliche Demonstranten organisieren Unterstützung für die städtischen Demonstranten; Schlachten in mehreren Stadtteilen; einige Aktivisten brennen öffentliche Büros und staatliche Fahrzeuge nieder; Falschmunition wird allmählich durch scharfe Munition ersetzt; Annäherung eines weiteren Demonstrantenmenge an die in der Nähe des Hauptplatzes stationierte Siebte Transportdivision der Luftwaffe; Scharfschützen werden von der Armee eingesetzt; Dutzende Verletzte, ein Toter; Wiederaufnahme der Fernsehübertragung; Hauptplatz die ganze Nacht von Demonstranten besetzt; in diesen Tagen führen die Bauern quer durch das Departement Cochabamba erbitterte Blockadekämpfe
- 9. April (Sonntag): vollständiger Rückzug von Polizei und Militär; „Wasserkrieger“ kontrollieren Hauptplatz und Stadtgebiet; Nachmittag: ein Dutzend Geistlicher führt eine Trauerprozession zur Bestattung des einzigen tödlichen Opfers des Konfliktes an (Tausende folgen ihr); allgemeine Stimmung: gespannte Ruhe
- 10. April: Fortsetzung der Straßenblockaden; Tausende versammeln sich auf dem Hauptplatz und auf dem Weg zu ihm; untergetauchte Anführer treffen Regierungsvertreter um zu verhandeln (Letztere halten per Telefon Kontakt mit La Paz); nach einigem Widerstand eines Teils der Regierung Unterzeichnung eines Abkommens (Aufkündigung des Konzessionsvertrages, das Wasserversorgungsunternehmen wird wieder von SEMAPA über-

nommen, wobei zwei Vertreter der Coordinadora, zwei der Gemeindeverwaltung und ein Gewerkschaftsvertreter in den Vorstand kommen; Verabschiedung eines neues Wassergesetzes wird anvisiert; Heruntersetzung der Tarifsätze auf das im Oktober 1999 gültige Niveau); Anführer der Coordinadora gehen zum Hauptplatz wo die Abmachungen bekannt gegeben werden und von der Menge mit einigen Abänderungen gebilligt werden; Coordinadora erteilt Anweisung die Druckmaßnahmen aufzuheben, ländliche Anhänger betrachten diese Entscheidung jedoch mit Skepsis (Gesetz ist immer noch nicht verabschiedet; Aguas del Illimani versucht seinen Einfluss gegen die Änderungen im Gesetz geltend zu machen und die Weltbank beanstandet sie); einige *regantes* bestehen immer noch darauf das neue Gesetz auf Papier zu sehen bevor sie sich für eine Aufhebung ihrer Protestmaßnahmen entscheiden

6. Die zukünftigen Herausforderungen für SEMAPA und Bechtels Klage auf Entschädigung

Cochabambas unangemessene und ungenügende Wasser- und Abwasserversorgung ist nach wie vor eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse. Der Ausgang beider Errungenschaften der Wasserbewegung, die Revision von Gesetz 2029 (das neue Gesetz – Nr. 2066 – wurde am 11. April 2000 nach hastigen und langwierigen parlamentarischen Sitzungen verabschiedet¹⁹), und SEMAPA's neue Lage nach der Aufkündigung des Konzessionsvertrages ist ungewiß; dies gilt selbst für die Zukunftsaussichten der Coordinadora.

An der Umsetzung von Gesetz 2066 – nach der parlamentarischen Verabschiedung des entsprechenden Rahmengesetzes eine ausschließliche Kompetenz der Exekutive – wird immer noch gearbeitet; zehn Verordnungsentwürfe sind bis Ende 2003 ausgearbeitet worden! Die nationale Wasseroberaufsichtsbehörde, Aguas del Illimani, die Weltbank, die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank, deutsche Entwicklungshilfeagenturen und andere Parteien haben den Prozeß der weiteren Umsetzung von Gesetz 2066 und auch die volle Anwendung desselben, so wie es verabschiedet wurde, behindert: sie stimmen einigen Artikeln dieses Gesetzes nicht zu, besonders dem darin vorgesehenen Recht auf eine (nichtbindende) öffentliche Meinungsbildung bezüglich der Festsetzung von Tarifen, die den Kontrollmechanismen der Stadtverwaltungen²⁰ gewährt wurde.

SEMAPA ist wieder ein Gefangener seiner eigenen Beschränkungen; das Unternehmen kam unter schweren Angriff seitens der Politik und wurde von ihr praktisch aufgegeben. Für seinen Teil lernte die Coordinadora, dass das Anführen einer sozialen Bewegung nicht mit der Führung eines Wasserversorgungsunternehmens vergleichbar ist. Schließlich hat der größte Aktionär des Konsortiums, das sich in Cochabamba engagierte, Bechtel, eine Entschädigungsklage in Höhe von mehr als 20 Millionen US-Dollar wegen Enteignung künftiger Finanzströme eingereicht, all dies im Rahmen eines Verfahrens vor einem internationalen Schiedsgericht. Das Verfahren läuft zur Zeit noch.

¹⁹ Für die Einsicht des gesamten Textes dieser beiden Gesetze siehe die Internetseite des bolivianischen Parlaments: www.congreso.gov.bo/11leyes/index.html

²⁰ Die öffentliche Kontrolle der Kommunalregierungen wird seit etwa Mitte der 1990er Jahre von den von jedem Stadtteil gestellten Organizaciones Territoriales de Base und Comités de Vigilancia wahrgenommen.

Quellenangaben

Crespo, Carlos und Omar Fernández, *Los campesinos regantes de Cochabamba en la guerra del agua: una experiencia de presión social y negociación*. Cochabamba: Centro de Estudios Superiores Universitarios - Universidad Mayor de San Simón/Federación Departamental Cochabambina de Organizaciones de Regantes (CESU-UMSS/FEDECOR), 2001.

Kruse, Tom, *La "guerra del agua" en Cochabamba*. Un estudio de caso de la privatización. Cochabamba, 2002. Unveröffentlichtes Manuskript.

República de Bolivia. Notaría de Gobierno, Contrato de concesión de aprovechamiento de aguas y de servicio público de agua potable y alcantarillado en la ciudad de Cochabamba. Cochabamba, 3 de septiembre de 1999.

World Bank. Country Management Unit. Country Department VI - Latin America and Caribbean Region, *Bolivia - Public Expenditure Review*. Report No. 19232-BO. [Washington, D.C.], June 14, 1999.

Weiterführende Literatur

Assies, Willem, David vs. Goliath en Cochabamba: los derechos del agua, el neoliberalismo y la renovación de la propuesta social en Bolivia, in: T'inkazos, 4,8, La Paz 2001, 106-134.

Barragán, Julio, Carmen Crespo, Guillermo Donoso und Jairo Escobar, *Mercados e instituciones de agua en Bolivia*. La Paz: Unidad de Análisis de Políticas Sociales y Económicas (UDAPE), 1998.

Crespo Flores, Carlos (2003), "Water Policies and Conflicts: The Water War in Cochabamba (1999/2000)", Dissertation, Oxford Brookes University (UK).

Florez, Margarita und Pablo Solón, *The Water War: Hydraulic Resources Strategy and Citizen Participation at the IDB in the Case of Bolivia*. 2001. <www.funsolon.org>

Kruse, Tom, *Impacto de la privatización del agua y acceso de los consumidores y productores vulnerables*. La Paz: Centro de Estudios para el Desarrollo Laboral y Agrario (CED-LA), 2001. Unveröffentlichtes Manuskript.

Laserna, Roberto, *El ch'enko del agua en Cochabamba*, in: Los Tiempos, 5. Februar 2000. (Primera parte).

Laserna, Roberto, *El ch'enko del agua en Cochabamba*, in: Los Tiempos, 8. Februar 2000. (Segunda parte).

Ledo, Carmen, *Problemática del agua en la ciudad de Cochabamba, 1993*. Cochabamba: Universidad Mayor de San Simón - Centro de Estudios de Población, 1994.

Laurie, Nina und Simon Marvin, *An Emerging Logic of Urban Water Management, Cochabamba, Bolivia*, in: *Urban Studies*, 36,2, London, et al. 1999, 341-357.

Laurie, Nina und Simon Marvin, *Globalisation, Neoliberalism, and Negotiated Development in the Andes: Water Projects and Regional Identity in Cochabamba, Bolivia*, in: *Environment and Planning A*, 31,8, Oxford (England) 1999, 1401-1415.

McCartney, Laton, *Friends in high places. The Bechtel Story: The Most Secret Corporation and How It Engineered the World*. New York: Ballantine Books, 1989.

Nickson, Andrew und Claudia Vargas, *The Limitations of Water Regulation: The Failure of the Cochabamba Concession in Bolivia*, in: *Bulletin of Latin American Research*, 21,1, Oxford (England) 2002, 99-120.

Oporto Castro, Herny, *Misicuni - entre la esperanza y la frustración: la problemática del agua en Cochabamba*. Cochabamba: Centro de Estudios de la Realidad Económica y Social (CERES), 1999.

Schönbäck et al, Internationaler Vergleich der Siedlungswasserwirtschaft, Informationen zur Umweltpolitik der Bundesarbeitskammer (Nr. 153 Band 1 bis Band 5) Wien 2003

Informationen zur Umweltpolitik

„Informationen zur Umweltpolitik“ werden in unregelmäßigem Abstand vom Institut für Wirtschaft und Umwelt der AK herausgegeben und behandeln aktuelle Fragen der Umweltpolitik. Sie sollen in erster Linie Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für an diesen Fragen Interessierte darstellen.

Bei Interesse an vergriffenen Bänden wenden Sie sich bitte an die Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek der AK Wien.

- 1 Thomas Delapina
Umweltpolitik und Produktivität. 1983
(vergriffen)
- 2 Brigitte Unger
Die Bewertung des Nutzens von Umweltpolitik durch verhinderten Schaden. 1983 (vergriffen)
- 3 Harald Glatz/Werner Meißner
Verteilungswirkungen der Umweltpolitik. 1983
(vergriffen)
- 4 Jörn Kaniak
Small is beautiful. 1983 (vergriffen)
- 5 Werner Meißner
Auflagen und Abgaben als Instrumente der Altanlagenanierung. 1983 (vergriffen)
- 6 Werner Meißner
Subventionen als Instrument der Altanlagenanierung. 1983 (vergriffen)
- 7 Werner Meißner
Altanlagenanierung als Programm. 1983
(vergriffen)
- 8 Peter Schneidewind
Öffentliche Investitionserfordernisse im
Umweltschutz Das Beispiel
Straßenverkehrslärm. 1983 (vergriffen)
- 9 Peter Rosner
Wirtschaftswachstum und Umweltschutz.
1983 (vergriffen)
- 10 Kurt Bayer
Zur Finanzierung von Altanlagenanierung
aus Umweltschutzgründen. 1983 (vergriffen)
- 11 Thomas Heinze/Peter Schneidewind
Öffentliche Investitionserfordernisse im
Umweltschutz Das Beispiel
Abwasserbeseitigung. 1984 (vergriffen)
- 12 Harald Glatz/Wolfgang Hein
Luftreinhaltepolitik Analysen und
Maßnahmen. 1984 (vergriffen)
- 13 Harald Glatz/Rainer Juch/Renate Machat/
Wolfgang Veit
Wiener Grünraumpolitik. 1984 (vergriffen)
- 14 Robert Luckesch/Günther Scheer
Landwirtschaft und Umwelt. 1984 (vergriffen)
- 15 Energiesparpolitik durch
Energieversorgungsunternehmen? Die
Übertragbarkeit der US-Modelle auf
Österreich ("Tennessee Valley Authority").
1985 (vergriffen)
- 16 William Stamatiou
Ökonomische Instrumente der Schadstoff-
und Lärmbegrenzung im Verkehrssektor.
1985 (vergriffen)
- 17 Harald Glatz
Markt statt Paragraphen? Marktwirtschaftliche
Instrumente in der Umweltpolitik. 1985
(vergriffen)
- 18 Materialien zur kritischen Ökologie. 1985
(vergriffen)
- 19 Harald Glatz/Wolfgang Hein
Daten zur Umweltdiskussion. 1985 (vergriffen)
- 20 Sebastian Alber
Verpackungsverbrauch in Österreich. 1985
(vergriffen)
- 21 Günther Kittel
Pestizide und Umweltrecht Ein internationaler
Überblick. 1985 (vergriffen)
- 22 Wolfgang Hein
Klärschlamm - Verwertung oder Beseitigung.
1985 (vergriffen)
- 23 Materialien zu einem Sonderabfallkonzept
Sonderabfalldeponien. 1985 (vergriffen)
- 24 Sebastian Alber
Ökobilanzen von Verpackungssystemen
Theoretische Grundlagen. 1985 (vergriffen)

- 25 Sebastian Alber
Ökobilanzen von Verpackungssystemen
Fallbeispiele für Österreich, 1985 (vergriffen)
- 26 *Materialien zu einem Sonderabfallkonzept
Thermische und chemisch-physikalische
Behandlung von Sonderabfällen.* 1985
(vergriffen)
- 27 *Ökologische und ökonomische Aspekte der
Sammlung, des Transports und der
Entsorgung von Sonderabfällen.* 1986
(vergriffen)
- 28 Stadtentwicklung und Grünraumpolitik. 1986
(vergriffen)
- 29 Hans Glatz
Fremdenverkehr und Umweltbelastung. 1986
(vergriffen)
- 30 Privatrecht und Umweltschutz I. 1986
(vergriffen)
- 31 Strafrecht und Umweltschutz. 1986
(vergriffen)
- 32 Gerhard Hirczi
Emissionsabgaben für die Bereiche Luft und
Wasser - Theoretische Grundlagen. 1986
(vergriffen)
- 33 *Privatrecht und Umweltschutz II.* 1986
(vergriffen)
- 34 *Privatrecht und Umweltschutz III.* 1986
(vergriffen)
- 35 Harald Glatz/Edith Pohl
Innovation und Umweltpolitik. 1986
(vergriffen)
- 36 Sebastian Alber/Helmut Effenberger
Biologische Müllvergasung. 1987 (vergriffen)
- 37 *"Waldsterben" und staatliche Politik in
Österreich Analyse und praktische
Empfehlungen aus sozialwissenschaftlicher
Sicht.* 1987 (vergriffen)
- 38 *Umweltschutz und Arbeitsplätze.* 1987
(vergriffen)
- 39 *Luftreinhaltepolitik Analysen. Daten.
Maßnahmen.* 1987 (vergriffen)
- 40 *Donaubereich Wien.* 1987 (vergriffen)
- 41 *Privatrecht und Umweltschutz IV.* 1987
(vergriffen)
- 42 *Abfallrelevante Verpackungsdaten für
Österreich.* 1987 (vergriffen)
- 43 *Gewerkschaften und Umweltpolitik.* 1987
(vergriffen)
- 44 Gerhard Hirczi
Die Abwasserabgabe Internationale
Erfahrungen - Anwendbarkeit für Österreich.
1987 (vergriffen)
- 45 Ingeborg Pirke
Die Finanzierung der Altlastensanierung.
1987 (vergriffen)
- 46 *Der Reaktorunfall von Tschernobyl
Störfallfolgen und Strahlenbelastung -
Auswirkungen und Maßnahmen in Österreich.*
1987 (vergriffen)
- 47 Werner Robert Svoboda
*Vollzugsdefizite im Umweltschutz I Überblick
über die Implementationsforschung.* 1988
(vergriffen)
- 48 Werner Robert Svoboda
*Vollzugsdefizite im Umweltschutz II
Gewerberechtliche Genehmigung - Rolle der
Sachverständigen.* 1988 (vergriffen)
- 49 Werner Niederle
*Schadstoffbegrenzung bei Dieselmotoren -
Fahrzeugtechnische Möglichkeiten.* 1988
(vergriffen)
- 50 Jan C Bongaerts/R Andreas Kraemer *Haftung
für Umweltschäden und Anreize zur Vorsorge.*
1988 (vergriffen)
- 51 *Betriebsgeheimnis Schadstoffe?.* 1988
(vergriffen)
- 52 *Umweltpolitik und EG.* 1988 (vergriffen)
- 53 *Chemiepolitik.* 1988 (vergriffen)
- 54 Gerhard Hirczi
*Emissionsabgaben als Instrumente der
Luftreinhaltepolitik.* 1988 (vergriffen)
- 55 Thomas Wiederstein
Landwirtschaft und Wasserbelastung. 1989
(vergriffen)
- 56 *Umweltpolitik und EG II.* 1989 (vergriffen)
- 57 *Chlorierte Kohlenwasserstoffe als
Lösungsmittel.* 1990 (vergriffen)
- 58 Wolfgang Lauber
Umweltpolitik der EG zum Wasser I. 1989
(vergriffen)
- 59 Wolfgang Lauber
Umweltpolitik der EG zum Wasser II. 1989
(vergriffen)
- 60 Wolfgang Lauber
Umweltpolitik der EG zum Wasser III. 1989
(vergriffen)

- 61 *Transitgüterverkehr und Umweltbelastung*. 1989 (vergriffen)
- 62 Harald Glatz/Wolfgang Hein/Edith Pohl *Gedanken zum ökologischen Umbau des Steuersystems*. 1989 (vergriffen)
- 63 *Umwelt und Öffentlichkeit*. 1989 (vergriffen)
- 64 Wolfgang Lauber *Zellstoffindustrie und Gewässerschutz in Österreich*. 1989 (vergriffen)
- 65 *Haftung für Umweltschäden*. 1990 (vergriffen)
- 66 Walter Scharf/Sebastian Kux *Altpapier*. 1990 (vergriffen)
- 67 *Umweltschutz. Qualifikation und berufliche Bildung*. 1990 (vergriffen)
- 68 Harald Glatz/Cornelia Krajasits/Edith Pohl *Mehr Markt oder mehr Staat in der Umweltpolitik?* 1990 (vergriffen)
- 69 Wolfgang Lauber *Gedanken zur Einführung einer Abwasserabgabe in Österreich I*. 1990 (vergriffen)
- 70 Kurt Kratena *Sektoraler Strukturwandel, Umweltbelastung und Beschäftigung*. 1990 (vergriffen)
- 71 Wolfgang Hein/Wolfgang Lauber *Stromtarife und Energiesparen*. 1991
- 72 Erika Furgler *Öko-Schmäh oder Information*. 1991
- 73 *Der Zustand der Umwelt*. 1991 (vergriffen)
- 74 Wolfgang Hein *Energien der Zukunft - warum nicht schon heute?* 1991
- 75 Wolfgang Lauber *Gedanken zur Einführung einer Abwasserabgabe in Österreich II*. 1991
- 76 *Least-Cost-Planning Erfahrungen im Ausland - Möglichkeiten für Österreich*. 1991
- 77 *Wasser in der Großstadt*. 1992
- 78 *Vollzugsdefizite im Umweltrecht - Am Beispiel des gewerblichen Betriebsanlagenrechts*. 1992
- 79 Frieda Andorfer *Österreichisches Abfallrecht und europäischer Binnenmarkt*. 1992 (vergriffen)
- 80 *Bürgerbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Abfallprojekten*. 1992 (vergriffen)
- 81 Harald Glatz (Hrsg.) *Umweltpolitik und EG III*. 1992
- 82 Cornelia Mittendorfer *Vollzugsdefizite im Umweltrecht II - Überlegungen zur Verbesserung der Vollzugssituation*. 1992
- 83 Günther Kittel/Helmut Bohacek *Vergleich von Grenzwerten im Umweltschutz und Arbeitnehmerschutz*. 1992
- 84 Wolfgang Lauber (Hg) *Hausmüllverbrennung - Zwischen Akzeptanz und Ablehnung*. 1993
- 85 Franz Leutgeb (Hg) *Perspektiven der Chemiepolitik I - Chemiepolitik und Arbeitnehmerpolitik*. 1993
- 86 Cornelia Mittendorfer *Umweltbeauftragte im Betrieb*. 1993
- 87 Harald Glatz/Ditmar Wenty (Hg) *Energie aus Biomasse - Ausweg oder Sackgasse*. 1993 (vergriffen)
- 88 Franz Leutgeb (Hg) *Perspektiven der Chemiepolitik II - Leitbilder und Instrumente*. 1993
- 89 Harald Glatz (Hg) *Perspektiven der Chemiepolitik III - Chlorchemie*. 1993
- 90 Franz Leutgeb (Hg) *Perspektiven der Chemiepolitik IV - Chemiepolitik national und international*. 1993
- 91 Cornelia Mittendorfer *Eine Lobby für den Umweltschutz - Thesen zu Umweltbeauftragten im Betrieb*. 1993 (vergriffen)
- 92 Ditmar Wenty/Alfred Schwinghammer (Hg) *Solarenergienutzung "Wunsch und Wirklichkeit"*. 1993
- 93 *Einschätzung der Hausmüllverbrennung als Abfallbehandlungsverfahren.*, 1993
- 94 Wolfgang Lauber *Cadmium in Österreich* 1993
- 95 Erich Pospischil *Bauchemie - Gefahrenstoffe in der Bauwirtschaft*. 1993 (vergriffen)
- 96 Anton Sapper/Georg Schadt *Möglichkeiten und Grenzen der Ökologisierung von Abwasser- und Abfallgebühren*, 1993 (vergriffen)
- 97 *Ökologische Perspektiven für Österreich – 20 Jahre Umweltpolitik der AK*. 1993

- 98 Werner Hochreiter
Abfallwirtschaft und EU. 1994 (vergriffen)
- 99 Thomas Ritt
Verteilungswirkungen von Energiesteuern. 1994
- 100 AK – *Umweltprogramm*. 1994
- 101 Andreas Käfer
Luftverkehr und Umweltauswirkungen. 1994
- 102 Franz Rauchenberger
Nitrat im Grundwasser. 1994
- 103 Cornelia Mittendorfer (Hrsg.) vergriffen
Umweltzeichen und Öko-Audit. 1994
- 104 Werner Hochreiter
Abfallwirtschaft privat oder öffentlich? 1994
- 105 Sepp Eisenriegler, Harald Glatz (Hrsg.)
Brav getrennt und dann ...? 1994
- 106 Angela Köppl, Claudia Pichl
Entsorgungswirtschaft in Österreich I – Branchenstudie. 1994 (vergriffen)
- 107 Susanne Kummerer, Günther Kittel
Entsorgungswirtschaft in Österreich II, Arbeitsbedingungen in der Entsorgungswirtschaft. 1994
- 108 Uwe Schubert, Martin Büchele, Alois Flatz
Stoffstrommanagement am Beispiel der Elektronikbranche. 1994
- 109 Sepp Eisenriegler, Harald Glatz (Hrsg.)
Von der Abfallwirtschaft zum Stoffstrommanagement. 1994
- 110 Wilfried Schönböck (Hrsg.)
Kosten und Finanzierung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Österreich. 1995 (vergriffen)
- 111 Harald Glatz
Österreichische Umweltpolitik, Eine kritische Einschätzung der Instrumente. 1995
- 112 Gabriele Hrauda
Checkpoint Umwelt – Brauereien. 1995
- 113 Ditmar Wenty, Alfred Schwinghammer
Vom Stromerzeuger zum Energiedienstleistungsunternehmen. 1995 (vergriffen)
- 114 Thomas Ritt
Standort, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz. 1995
- 115 Renate Gabriel
Elektroaltgeräte in Österreich, Übernahme, Demontage und Aufarbeitung. 1996
- 116 Thomas Ritt
Ökologische Steuerreform. 1996
- 117 Herbert Laa, Claudia Palt
Umweltbeauftragte II – Vom Ingenieur zum Prozeßverantwortlichen. 1996
- 118 Christian Schrefel, Wolfgang Lauber (Hrsg.)
Agenda 21, Nachhaltigkeit – Die Herausforderung. 1997
- 118a (In englischer Sprache erschienen)
- 119 Mathias Grandosek, Cornelia Kühhas, Wolfgang Lauber
Angst vor der Öffentlichkeit? Der Umgang von Behörden und Betrieben mit der Störfallinformation. 1997
- 120 Goldschmid Helga, Hauer Walter
Kosten der Abfallwirtschaft für Konsumenten. 1997
- 121 Oliver M. Fritz, Edith Kranvogel, Helmut Mahringer
Die Beschäftigungssituation im Umweltbereich – Eine empirische Untersuchung für Österreich, Umwelt und Arbeit I. 1997
- 122 Angela Köppl, Claudia Pichl
Wettbewerbsvorteile durch umweltorientierte Innovation – Überprüfung der First-Mover-These, Umwelt und Arbeit II. 1997
- 123 Michael Kosz
Integrierter Umweltschutz und Arbeit – Erste Erfahrungen und langfristige Perspektiven, Umwelt und Arbeit III. 1997
- 124 Thomas Ritt (Hrsg.)
Umwelt und Arbeit – Bestandsaufnahme und Perspektiven, Umwelt und Arbeit IV. 1998
- 125 Franz Kok, Reinhard Steurer
Klimaschutzpolitik in Österreich – Ziele, Maßnahmen, Umsetzungsstand, Hemmnisse und Empfehlungen. 1998
- 126 Wolfgang Lauber (Hrsg.)
Osterweiterung, Umwelt- und Verkehrsfragen
- 127 Christian Onz, Christoph Streissler
Altlastensanierung in Österreich – Regelungs- und Vollzugsprobleme. 1998
- 128 Werner Hochreiter
Das Projekt „nachsorgefreie Deponie“ vor dem Scheitern? 1998
- 129 Oskar Grün, Julia Michl, Herbert Haller, Anita Eder
Genehmigungsverfahren bei Betriebsanlagen, Dauer, Beschleunigungspotentiale, Effizienz – Maßnahmenhandbuch. 1998

- 130 Waltraud Winkler-Rieder, Dieter Pesendorfer
Landwirtschaft und Kulturlandschaft – Zur internationalen Diskussion. 1998
- 131 Christine Podlipnig, Wolfgang Stock
Wegefreiheit im Wald – Umwelt im Interessenkonflikt. 1998
- 132 Werner Hochreiter (Hrsg.)
Abfallpolitik und Konsumenteninteressen - Nationale Erfahrungen im europäischen Vergleich - Künftige Regelungen für Altautos und Elektroaltgeräte am Prüfstand. 1999
- 133 Renate Gabriel
Autoverwertung - Fallstudien zur Behandlung von Alt-Pkw in Autoverwertungsbetrieben. 1999
- 134 Österreichisches Institut für Raumplanung
Verkehrsentwicklung in Österreich Verkehrsmengen und Emissionen auf wichtigen Straßen. 1999
- 135 Manfred T. Kalivoda
Verkehrslärmschutz in Österreich Maßnahmen und Aufwände im Vergleich je Verkehrsträger Schienen-, Straßen- und Luftverkehr. 2000
- 136 Manfred T. Kalivoda
Verkehrslärmschutz in Österreich – Teil II Anteil des LKW-Verkehrs am Straßenverkehrslärmproblem. 2000
- 137 Ralf Aschemann
Umweltfolgen von Gesetzen Ausländische Erfahrungen mit a priori-Abschätzungen – Möglichkeiten für Österreich? 1999
- 138 Christian Onz
Deregulierung im Umweltrecht Ein Überblick. 1999
- 139 Eckart Hildebrandt, Eberhard Schmidt (Hg.)
Arbeitnehmerbeteiligung am Umweltschutz Die ökologische Erweiterung der industriellen Beziehungen in der Europäischen Union. 2000
- 140 Mario Offenhuber
Wegefreiheit im Wald II Historische Entwicklung in Österreich Mit einem Anhang über das Betretungsrecht in Schweden, Schweiz und Deutschland. 2000
- 141 Österreichisches Institut für Raumplanung
Verkehrsentwicklung und Schadstoffemissionen im Straßennetz von Wien. 2001
- 142 Klaus Federmair
Unternehmensverflechtungen in der österreichischen Entsorgungswirtschaft. 2001
- 143 Werner Hochreiter, Christoph Streissler, Walter Hauer
Lenkungswirkung und Verwendung des Altlastenbeitrags – Beiträge zur Umsetzung der Deponieverordnung und zur Reform der Altlastensanierung in Österreich. 2001
- 144 Oliver Fritz, Michael Getzner, Helmut Mahringer, Thomas Ritt
Umwelt und Beschäftigung Strategien für eine nachhaltige Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Beschäftigung. 2001
- 145 Michael Hecht
Partizipation und Access to Justice im Umweltbereich – Umsetzung der Aarhus-Konvention in Österreich. 2001
- 146 Werner Hochreiter (Hrsg.)
Abfallpolitik zwischen Nachhaltigkeit und Liberalisierung – Das Projekt „Gesamtreform“ aus Arbeitnehmer- und Konsumentensicht. 2001
- 147 Beate Littig, Erich Grießler
Umwelt und Arbeit – Integrierter Umweltschutz; Innerbetriebliche Veränderung und Partizipation. 2001
- 148 David Hall, Klaus Lanz
Kritik der Studie von PricewaterhouseCoopers über Wasserver- und Abwasserentsorgung. 2001
- 148a (In englischer Sprache erschienen)
- 149 Thomas Ritt (Hrsg.)
Soziale Nachhaltigkeit Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit ? 2002
- 150 Wolfgang Lauber (Hrsg.)
Wasser zwischen öffentlichen und privaten Interessen – Internationale Erfahrungen. 2002
- 151 Werner Hochreiter (Hrsg.)
Umwelthaftung - bitte warten. Der Vorschlag der EU-Kommission zur Umwelthaftung – Wem nützt er wirklich ? 2002
- 152 Michael Hecht
Das rechtliche Umfeld des Berichts von PricewaterhouseCoopers zur österreichischen Siedlungswasserwirtschaft. 2003

- 153 Bände 1-5
Wilfried Schönböck et.al.
*Internationaler Vergleich der
Siedlungswasserwirtschaft.*2003
- 153/Band 1: *Länderstudie Österreich.*2003
- 153/Band 2:*Länderstudie England und
Wales.*2003
- 153/Band 3:*Länderstudie Frankreich.*2003
- 153/Band 4:*Überblicksdarstellungen
Deutschland und Niederlande.*2003
- 153/Band 5:*Systemvergleich vor
europäischem und ökonomischem
Hintergrund.*2003
- 154 Wolfgang Lauber (Hrsg.)
*Was kostet die Umwelt ? GATS und die
Umweltrelevanz der WTO-Abkommen
Tagungsband.*2003
- 155 Wolfgang Lauber (Hrsg.)
*Ausverkauf des Staates ? Zur Privatisierung
der gesellschaftlichen Infrastruktur,
Tagungsband.* 2003
- 156 Thomas Gutwinski, Christoph Streissler
(Hrsg.)
*Umweltschutz- und ArbeitnehmerInnenschutz-
Managementsysteme.* 2003
- 157 Werner Hochreiter (Hrsg.)
*Bestrafung von Unternehmen –
Anforderungen an die kommende gesetzliche
Regelung aus ArbeitnehmerInnen- und
KonsumentInnen-sicht, Tagungsband.* 2003
- 158 *Was kostet die Umwelt? Wie
umweltverträglich ist die EU? Tagungsband.*
2004
- 159 Walter Hauer
*Schutz von Getränkemehrwegsystemen –
Aufarbeitung fachlicher Grundlagen anlässlich
der Aufhebung der Getränkeziele durch den
Verfassungsgerichtshof.* 2003
- 160 Beate Littig, Erich Grießler
Soziale Nachhaltigkeit. 2004
- 161 Hans Huber Abendroth
*Der „Wasserkrieg“ von Cochabamba. Zur
Auseinandersetzung um die Privatisierung
einer Wasserversorgung in Bolivien.* 2004